

Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Mythos #2

Die Pandemie macht uns alle arm

Europa hat sich dank Corona auf die Kraft der Einheit besonnen. Im Sommer 2020 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der 27 EU-Mitgliedstaaten ein historisch einmaliges Aufbaupaket von 1,8 Billionen Euro. Dies ist nicht nur das größte Konjunkturpaket, das jemals aus dem EU-Haushalt finanziert wurde. Mit dem dazugehörenden 750-Milliarden-Euro-Hilfsfonds *NextGenerationEU* leiht sich die Europäische Union erstmals als Gesamtschuldner Geld an den Finanzmärkten und kann dieses an die Mitgliedstaaten als zinsgünstige Kredite weiterreichen. Weil die EU über eine höhere Bonität als viele ihrer Mitgliedstaaten verfügt.

Das Geld aus Brüssel soll neben der Eindämmung der Pandemie nicht zuletzt für Forschung und Innovationen, Digitalisierung, Frauenförderung und einen besseren Klimaschutz verwendet werden.

Damit hat Covid-19 in Deutschland und Europa folgenreiche Dogmen wie die Schuldenbremse, die schwarze Null und die EU-Maastricht-Kriterien per Handstreich ausgesetzt und die Idee der europäischen öffentlichen Gesamtverschuldung wiederbelebt. Dazu kommen zahllose nationale Unterstützungsprogramme. Deutschland allein hat nach verschiedenen Schätzungen über eine Billion Euro aufgebracht. Auch in den USA heißt es: klotzen statt kleckern. Hier wurden staatliche Konjunktur- und Hilfsprogramme von fast drei Billionen US-Dollar beschlossen. Viele hat es erstaunt, wie schnell vermeintlich unumstößliche wirtschaftliche Sachzwänge an Bedeutung verlieren, wenn der politische Wille es für erforderlich hält.

Aber: Wer soll das alles bezahlen? Welches Recht haben wir, den nächsten Generationen solche Lasten aufzubürden?

Die Begründung der Generationengerechtigkeit, die bereits vor Corona immer gerne gegen neue Schulden ins Feld geführt wurde, hinkt gewaltig: Der nächsten Generation keine Lasten aufbürden zu wollen bedeutet schließlich, der Jugend von heute die Lebensqualität und Zukunftschancen zu verwehren, die mehr Investitionen in Daseinsvorsorge und Klimaschutz gewähren. Das Argument ist mittlerweile sogar nach höchstgerichtlicher Bewertung scheinheilig: Wenn wir die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner in Deutschland wirklich ernst nehmen würden, hätte es wohl kaum einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes für mehr Klimaschutz gebraucht, um die Freiheitsrechte künftiger Generationen ausreichend zu schützen. Ein gleicher Beschluss gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wäre nur konsequent und muss jetzt folgen.

Kinder und Jugendliche wurden seit Pandemiebeginn erheblichen Belastungen ausgesetzt. Sie haben das mehrheitlich erduldet und somit eine beachtliche Solidarität gegenüber ihren Eltern, den Älteren, Opas und Omas bewiesen. Wären Letztere genauso solidarisch mit den nächsten Generationen, würden sie heute nicht die Ressourcen von fast zwei Planeten verbrauchen. Dennoch sind es weiter die Coronapartys von nach Geselligkeit dürstenden jungen Menschen, die mehr Entrüstung hervorrufen als die Billigflüge nach Mallorca oder die SUV-Fahrenden von nebenan. Aber schon morgen wird die Frage, wer die Coronakrisenkosten schultert, uns alle persönlich treffen.

Eigentlich scheint die Sache klar. Während der Pandemie hat die Regierung den Menschen vor die Wirtschaft gestellt. Seither werden wir auf Zusammenhalt eingeschworen. Die Krisenkosten sollten also alle tragen. Doch längst wetzen die üblichen Verdächtigen ihre Messer: Führende Wirtschaftsforscher*innen plädieren einhellig für die rasche Wiederherstellung solider Staatsfinanzen – gemeint ist damit das Zurück zur schwarzen Null durch Sparen, Sparen, Sparen. Nicht mehr alle sollen einen Beitrag leisten, sondern nur die vielen. Gefordert wird ein Renteneintrittsalter von 69 oder gar 70 Jahren. Letzteres bedeutet nicht nur, dass wir alle länger arbeiten müssen, sondern vor allem, dass wir drastische Renteneinbußen hinnehmen werden, wenn uns die Gesundheit kein längeres Arbeiten erlaubt.

Dabei haben gar nicht alle durch die Coronakrise verloren. Im ersten Coronajahr 2020 zählte Deutschland 119 Milliardär*innen – fünf mehr als im Vorjahr. Der Klub der Millionär*innen wuchs insgesamt auf mehr als 1,5 Millionen Mitglieder an; deren Gesamtvermögen stieg um 6,8 Prozent auf rund 5,850 Milliarden US-Dollar. Allein die zehn reichsten Deutschen vermehrten ihr Vermögen um rund 35 Prozent beziehungsweise über 60 Milliarden US-Dollar. Zusätzlich zahlten 2021 nicht wenige mit saftigen staatlichen Subventionen verwöhnte und über Kurzarbeit stabilisierte Konzerne wie Volkswagen, BMW oder Daimler-Benz kräftige Dividenden aus. Nach verschiedenen Schätzungen betrugen die Ausschüttungen der DAX-Konzerne insgesamt 34 Milliarden Euro. Einen Löwenanteil erhielten einige der reichsten Deutschen.

Nach Rechnungen der Bundesbank ist allein das deutsche Bargeldvermögen bis Mitte 2021 auf ein Rekordhoch von mehr als sieben Billionen Euro gestiegen. Zum achten Mal in Folge sind die Deutschen damit Europasparsmeister! Zum Vergleich: Das ist die Summe der Staatsausgaben des Bundes von mehr als 20 Jahren oder das Siebenfache der Pandemiekosten. Die Finanzierung von soliden und breiten Sozialsystemen, gute (Vor-)Schulen für alle und Klimaneutralität in zehn Jahren könnten wir mit dieser Summe locker stemmen!

Deutschland ist aber nicht nur eines der reichsten Länder der Welt, sondern auch eine der ungleichsten Gesellschaften Europas. Die obersten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen nach dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zwei Drittel des Nettovermögens. Anders gerechnet: Wenn man das Geldvermögen von 2021 von über sieben Billionen Euro auf die gesamte Bevölkerung verteilen würde, hätte jeder Haushalt über 160.000 Euro auf der hohen Kante. Im wirklichen Leben besitzt die ärmere Hälfte unserer Bevölkerung nur 0,5 Prozent dieses Reichtums. Fast 30 Prozent des gesamten Vermögens im Land gehören hingegen einem Prozent der Haushalte. Knapp 15 Prozent des gehorteten Bargelds gehört sogar den reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung, also rund 80.000 Menschen. Diese Top 1 haben ein Vermögen so hoch wie drei Viertel der Deutschen. Anders beschrieben: Bestünde die Gesellschaft aus zehn Menschen, dürfte sich der reichste Mensch sechs Stücke

vom Kuchen nehmen, vier Personen teilen sich die weiteren Stücke; für die Hälfte bleiben Krümel.

Diese Konzentration von Reichtum hat ihre Folgen. In seinem Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* hat der französische Ökonom Thomas Piketty bereits 2013 über eine umfangreiche Datensammlung nachgewiesen, wie Vermögenskonzentration und Ungleichheit in den Industrienationen seit Längerem explosiv ansteigen. Piketty ist kein Umstürzler. Er möchte lediglich die Marktwirtschaft am Laufen halten und ihr Wachstum nicht gehemmt wissen. Doch die ungezügelte Kapitalkonzentration, die er für eine ökonomische Gesetzmäßigkeit hält, behindert genau das. Mit schweren Folgen für Wirtschaft und Demokratie: Im Feld der Ökonomie erschaffen unsere innovativen Leistungsgesellschaften zu einem frühen Kapitalismus wie im 19. Jahrhundert, als wenige Familiendynastien die Wirtschaft beherrschten. Die Demokratie ist bedroht, da Vermögenskonzentration auch Machtkonzentration bedeutet, die eine politische Teilhabe der Mehrheit verringert und die öffentliche Meinung manipuliert. Zum Beispiel dadurch, dass sie über Medienmacht die Mehrheit davon überzeugt, dass niedrige Steuersätze bei der Einkommens- und Erbschaftsteuer oder die Abschaffung der Vermögenssteuer auch in ihrem Interesse seien. Piketty schlägt darum vor, die Märkte wieder besser zu regulieren und die großen Vermögen mehr in die gesellschaftliche Pflicht zu nehmen.

Einer der zentralen Gründe, warum der Anteil der Reichen und Superreichen am Nationaleinkommen weltweit so dramatisch angestiegen ist – und zu Coronazeiten weiter ansteigt –, ist eine Steuerpolitik, die Löhne immer mehr und Kapitaleinkommen immer weniger besteuert. Dazu kommen Steuervermeidung durch zahlreiche Schlupflöcher und Steuerflucht. Ein wohlbekannter Teufelskreis: Scheinen die Steuern auf Erbe oder Gewinne zu hoch, drohen die Reichen, mit dem Vermögen oder ihren Unternehmen ins Ausland zu gehen. Staaten versuchen darum, Steuern niedrig zu halten oder zu senken, damit keine Steuervermeidung stattfindet. Wer dagegen argumentiert oder handelt, dem wird mit Steuerflucht gedroht.

Steuervermeidung ist also nur aufgrund eines politisch erlaubten Steuerwettbewerbs zwischen Ländern möglich, der Steueroasen, oder sollte man

besser sagen: Steuersümpfe, wie Luxemburg, Irland oder die Kaimaninseln entstehen lässt, in die Unternehmen ihre Gewinne verschieben, um wenig oder gar keine Steuern zu zahlen. 40 Prozent aller Profite von multinationalen Konzernen werden in solchen Steuersümpfen gemeldet.

Derartigen Tendenzen kann man durchaus entgegenreten. In ihrem Buch *Der Triumph der Ungerechtigkeit* haben Emmanuel Saez und Gabriel Zucman verschiedene Möglichkeiten durchgerechnet: Mit einer weltweiten Mindeststeuer für Unternehmen von 25 Prozent könnte mit den technologischen Standards von heute, dank denen jede Überweisung eine digitale Datenspur hinterlässt, der globalen Steuervermeidung zügig ein Riegel vorgeschoben werden. Auch Handelsverträge sollten nur noch abgeschlossen werden, wenn sie auf Steuerkooperation basieren. Mit der Vermeidung von Steuerflucht wäre die Grundlage für eine gerechte Besteuerung der Reichen, Superreichen und von Konzernen geschaffen – so wie sie im größten Teil des 20. Jahrhunderts üblich war. Zur Erinnerung: Beim *New Deal* in den 1930er-Jahren wurden in den USA Einkommen mit Spitzensteuersätzen von 90 Prozent, Erbschaften mit 80 Prozent und Unternehmensgewinne mit 50 Prozent besteuert. Das Kapital floh keineswegs.

Eine solche »fiskalische Demokratie« tut nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Wirtschaft gut: Unternehmen würden dorthin gehen, wo die Arbeiter*innen produktiv und die Infrastruktur hochwertig ist und die Verbraucher*innen über genügend Kaufkraft verfügen, um ihre Produkte zu kaufen. Statt durch Steuerkürzungen würden die Länder in puncto höhere Infrastrukturausgaben, Klimaschutz oder Investitionen in Bildung und Forschung miteinander konkurrieren.

Der zweite Schritt: Wie wir nach Corona alle reicher werden

Die Bedienungsanleitung für mehr sozialen Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung ist also relativ einfach. Wesentlich komplizierter ist ihre politische Umsetzung. Internationale Politik und Kooperation brauchen Zeit. Die Ankündigung der G7 und die Unterstützung der G20 von 2021,

einen globalen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent für Unternehmen einzuführen und Letztere überall dort steuerpflichtig zu machen, wo sie ihre Waren oder Dienstleistungen vertreiben, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber viel zu zaghaft. Der Steuersatz muss zeitnah auf 25 Prozent aufgestockt werden, wie es mehrere internationale Organisationen wie die Unabhängige Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung (ICRICT) fordern. Nach Schätzungen der EU-Steuerbeobachtungsstelle würden die erwarteten Einnahmen für die EU bei einem Steuersatz von 15 Prozent knapp 50 Milliarden Euro betragen; bei einem Steuersatz von 25 Prozent wären es fast 170 Milliarden Euro.

Abweichende Länder hätten wenig Optionen: Eine solche Steuer kann im Grunde unilateral, also von jedem Land einzeln, erhoben und eingetrieben werden. So könnte Deutschland die eigenen multinationalen Unternehmen leicht an die Leine legen. Und wenn sich ein Land weigert, seine Unternehmen mit einem Mindeststeuersatz zu besteuern, können die USA oder die EU als Steuereintreibende der letzten Instanz diese Steuern selbst kassieren. Da wird sich die Staatenwelt sicherlich international sehr schnell einigen, überall die gleichen Steuern zu erheben.

Zusätzlich gibt es zahllose kleinere Schritte, mit denen man in Deutschland jetzt schon eine gerechte Lastenverteilung der Krisenkosten erreichen kann. Ein leicht umzustellender Hebel für eine bessere Besteuerung der Vermögenden ist eine Anpassung von Erbrecht und *Erbschaftssteuer* sowie von Schenkungen. Zweifelsohne darf man das Recht, seinen Liebsten einen gehörigen Anteil seines Besitzes zu übertragen, nicht zu stark einschränken. Doch niemand muss Omas Liebling das Einfamilienhaus streitig machen. Nach aktuellen Schätzungen beläuft sich das Erbvolumen zwischen 2012 und 2027 auf bis zu 400 Milliarden Euro pro Jahr. Das entspricht jährlich mehr als einem Corona-Konjunkturpaket. Vererbt werden nach neuen Studien vor allem Geld und Immobilien. Betriebsvermögen fallen kaum ins Gewicht. Allein in Deutschland erhalten mehr als die Hälfte dieser Erbschaften die reichsten zehn Prozent. Nach dem sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2021 sind mehr als 50 Prozent des Vermögens unserer Reichen nicht auf Arbeit oder

Leistung, sondern allein auf Erbschaften zurückzuführen. Zum Vergleich: Auf die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung entfallen gerade mal sieben Prozent der gesamten Erbmasse.

Bei dieser von Arbeit, Leistung und Talent völlig unabhängigen Vermögensübertragung gibt es kaum steuerliche Belastungen. Ein Beispiel: Wer von den Eltern nach dem Tod von Vater und Mutter in zwei Schritten ein Vermögen von einer Million Euro erbt, muss dafür nicht einmal 20.000 Euro Erbschaftssteuer entrichten. Eine selbst genutzte Immobilie, auch wenn es sich um eine Villa handelt, bleibt darüber hinaus grundsätzlich steuerfrei. Nicht einmal zwei Prozent der jährlichen Erbsumme nimmt der deutsche Fiskus ein. Das ist im europäischen Vergleich wenig, dennoch liegt Deutschland im Trend. Erbschaftssteuern sind bei Bürger*innen und Wähler*innen weltweit unpopulär. In den vergangenen Jahrzehnten wurden sie in vielen westlichen Ländern gesenkt, besonders in den USA mit traditionell hohen Erbschaftssteuern. Dabei besteht zweifelsohne die Möglichkeit, einen größeren Anteil für das Gemeinwohl zu leisten, ohne dass jemand leiden muss. Warum den geliebten Kindern und Enkelkindern statt einer weiteren Eigentumswohnung nicht eine bessere Zukunft und ein gutes Leben vererben? Eine deutliche Absenkung der Freibeträge und eine Erhöhung der Erbschaftsteuersätze sind daher überfällig. Produktivkapital, also vererbtes Betriebsvermögen, kann durch höhere Freibeträge entsprechend entlastet werden.

Ebenfalls leicht umzusetzen, aber komplizierter in ihrer Verteilungswirkung sind die *Einkommenssteuern*, die (fast) allen Erwerbstätigen oder Selbstständigen monatlich abgezogen werden. Die Einkommen sind in Deutschland gleicher verteilt als die Vermögen. Besserverdienende leisten mit mehr als einem Drittel einen nennbaren Anteil am Steueraufkommen, profitieren allerdings auch stärker von den im internationalen Vergleich günstigen Sozialsystemen. Sicherlich kann der Spitzensteuersatz von 45 Prozent, der zurzeit erst bei Einkommen von 265.000 Euro bei Alleinstehenden greift, intelligent gestaffelt weiter erhöht werden.

Wie viel Luft nach oben ist, zeigt die Erfahrung mit dem Solidaritätsbeitrag. Nach seiner Abschaffung für rund 90 Prozent der Steuerzahler und der teilweisen Reduzierung für weitere 6,5 Prozent zahlen die verbleibenden

Spitzeneinkommen eine Summe, die rund die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen des »Solis« ausmacht. Noch einmal langsam zum Nachlesen: Die 3,5 Prozent Topverdiener in Deutschland haben so hohe Einkommen, dass allein ihre Besteuerung die Hälfte aller Einnahmen durch den »Soli« erzielt. Der hat nach dem Mauerfall viele Existenzen gerettet, ohne dass jemand in Not geriet. Warum also nicht einen Coronasoli einführen?

Ein alter Hut scheint die bereits 1920 vom britischen Ökonomen Arthur Cecil Pigou erdachte *Ökosteuer* zu sein: Hier soll der Konsum ressourcenintensiver Güter stärker besteuert werden. Bei der Ökosteuer denken viele zuerst an stark steigende Benzin- und Ölpreise, die den eigenen Geldbeutel belasten. Berufspendler*innen wären hiervon besonders stark betroffen. Bei der aktuellen Konzentration von Reichtum hat die Ökosteuer aber nicht nur eine Lenkungs-, sondern vor allem eine Verteilungsfunktion. Überzogener Reichtum ist ein Klimakiller.

Nach dem Bericht *Confronting Carbon Inequality* von Oxfam sind es nicht nur die globalen Mittelklassen, die den Anstieg der Treibhausgasemissionen im vergangenen Vierteljahrhundert verantworten, sondern vor allem die Reichen und Superreichen. Die Analyse von 117 Staaten zeigt, dass die reichsten zehn Prozent – rund 630 Millionen Menschen – über die Hälfte der Treibhausgasemissionen verursachten. Allein das eine Prozent der Superreichen schädigte das Klima durch seinen Luxuskonsum doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt: Es verantwortete 15 Prozent der Gesamtemissionen, die ärmere Hälfte hingegen nur rund sieben Prozent.

In Deutschland sind im untersuchten Zeitraum die reichsten zehn Prozent für 26 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die fünfmal größere ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung hat mit 29 Prozent kaum mehr verbraucht. Wichtiger globaler Verursacher ist hier der Verkehr: Neben Flugzeugen ist der Umstieg vom herkömmlichen Pkw auf SUVs zwischen 2010 und 2018 zum zweitgrößten Emissionstreiber geworden. Die Mehrwertsteuerbefreiung von Flugzeugkerosin ist nichts anderes als eine massive Subventionierung des emissionsintensiven Flugverkehrs. Die seit Langem geforderte Einführung einer Kerosinsteuer ist wohl eine der einfachsten Übungen für eine entschlossene Politik.

Eine wirksame Ökosteuer würde bedeuten, dass Menschen, die zum Beispiel gerne größere oder schnellere Autos fahren, privat viel fliegen oder in größeren Häusern leben, dieses auch weiter tun können. Sie würden nur entsprechend mehr Verbrauchssteuern bezahlen. Ökosteuern für klimaschädliche SUVs und häufiges Fliegen wären ein erster, für die Politik recht einfacher Schritt. Eine solche Steuerpolitik wiederum könnte Hersteller ermutigen, Innovationen anzustoßen, weniger ressourcenintensive Methoden der »Kreislaufwirtschaft« einzusetzen und Leistungen anzubieten, die es Verbraucher*innen ermöglichen, Dinge gemeinsam zu nutzen, anstatt alles selbst zu besitzen. Mit dem Einsatz von Ökosteuern für eine klimateffiziente Mobilität, öffentliche Infrastrukturen, aber auch zur Entlastung der Geringverdienenden über sinkende Sozialbeiträge würden neben ökologischen auch soziale Aspekte verfolgt. Eine Unterstützung dieser Steuer durch breitere Bevölkerungsgruppen würde damit erleichtert.

Zusätzlich möglich wäre eine *Finanztransaktionssteuer*, also eine Steuer auf alle Transaktionen auf den auch zu Coronazeiten boomenden Finanzmärkten. Eine solche Steuer würde Finanztransaktionen verlangsamen, das Finanzsystem insgesamt stabiler machen und hohe Einnahmen generieren – nach verschiedenen Kalkulationen europaweit über 300 Milliarden Euro pro Jahr.

Den größten Umverteilungseffekt hat jedoch zweifellos eine *Vermögenssteuer*. Hier gibt es die stärksten politischen Widerstände. Als wichtigstes Argument dagegen werden von Verbandsvertreter*innen, Politiker*innen und Expert*innen gebetsmühlenartig die Familienunternehmen und insgesamt der Mittelstand ins Feld geführt, die nach der Krise nicht zusätzlich belastet werden dürften. Sie bräuchten ihre (Bar-)Vermögen für Investitionen, von denen schließlich zahlreiche gute Arbeitsplätze abhängen. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen! Deutschlands Stärke liegt im Mittelstand. Über 90 Prozent der Unternehmen gehören diesem Sektor an, sind oft weltmarktführend und erwirtschaften mehr als jeden zweiten Euro im Land. Doch dieser Mittelstand müsste durch eine Vermögenssteuer gar nicht belastet, er könnte sogar stärker gefördert werden. Freibeträge für Betriebsvermögen und für selbst genutztes Immobilieneigentum garantieren, dass Investitionen auch langfristig gesichert sind. Beim Erbe spielen

Betriebsvermögen heute eine untergeordnete Rolle. Das Ziel jeder cleveren Vermögenssteuer kann nur sein, nicht Arbeit und Produktivität zu besteuern, sondern Spekulation und Extraeinkommen aus Vermögensbesitz.

Eine Vermögenssteuer ist bei uns nicht verfassungswidrig, wie fälschlicherweise oft behauptet wird. Vielmehr haben die Richter*innen zu Recht bemängelt, dass Immobilien wegen veralteter Bewertungsmaßstäbe bei der Vermögenssteuer deutlich bevorzugt werden und zur Gleichbehandlung genau diese Maßstäbe zu aktualisieren sind. Dass dies der Politik in einem Vierteljahrhundert nicht gelungen ist, liegt sicherlich kaum an Unvermögen – wohl eher am politischen Einfluss der Vermögen(den). Ein Rechenbeispiel: Besteuert man mit einer Vermögenssteuer ausschließlich Spekulation und Extraeinkommen aus Vermögensbesitz (in Deutschland rund 25 Prozent; sicherlich der Bereich, in dem im letzten Jahrzehnt am meisten Gewinne gemacht wurden) – also nicht selbst genutztem Immobilienbesitz – und aus reinem Geldvermögen (rund 15 Prozent) ab einer Bemessungsgrenze von mehr als eine Million Euro einmalig mit 30 Prozent (gerne auf zehn Jahre verteilt, bei Einbezug von Verzinsung und Inflation also eine jährliche Steuerrate von circa vier Prozent), so hat man eine zusätzliche Steuersumme von mehr als 400 Milliarden Euro. Damit lässt sich nicht nur der letzte Corona-Zusatzhaushalt der Bundesregierung stemmen. *Alle* erforderlichen Investitionen könnten getätigt werden, um Deutschland in zehn Jahren klimaneutral zu machen.

Deutschlands Superreiche müssten bei einer solchen Abgabe nicht darben: Die Besteuerung ließe sich über die durchschnittliche Verzinsung ihres Vermögens finanzieren. Sie verlören nichts, sondern verlangsamten einzig für einen begrenzten Zeitraum eine weitere Zunahme ihres Reichtums.

Ein zügig umsetzbarer Weg, um für eine Vermögenssteuer verfassungsrechtliche Klippen zu umschiffen und die großen Vermögen zum Schultern der Coronakrise heranzuziehen, ist eine einmalige *Vermögensabgabe*. Also eine Steuer, zu der Eigentümer*innen größerer Vermögen verpflichtet werden können, um eine finanzielle Notlage des Staates zu überbrücken. Im Unterschied zur jährlichen Vermögenssteuer wird sie nur einmalig auf den aktuellen Vermögensbestand erhoben, kann aber auf mehrere Jahre

verteilt werden. In Deutschland hat man mit einem solchen Instrument gute Erfahrungen gemacht: Einer der wichtigsten Bausteine beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes war der Lastenausgleich von 1952 – die damalige Abgabe belief sich auf 50 Prozent des berechneten Vermögenswertes. Danach kam das Wirtschaftswunder.

Natürlich mobilisiert ein derartiger Vorschlag umgehend Kohorten von Expert*innen, die nicht rasten, um zu erklären, dass es zahlreiche Erhebungsprobleme, eine unzureichende Datenlage sowie einen zu hohen bürokratischen Aufwand gebe, um eine solche Besteuerung von Vermögen zielgenau umzusetzen. Vor allem die Grauzone zwischen möglichen Investitions- und reinem Anlage- beziehungsweise Spekulationskapital sei unscharf. Stimmt! Aber was haben eigentlich die Damen und Herren Ökonomen in den letzten 30 Jahren gemacht? Sie sind in der Lage, den Bedarf eines Hartz-IV-Empfängers bis auf die letzte Unterhose centgenau zu berechnen, können aber bis heute keine solide Reichtumserhebung und -bewertung vorlegen? Corona regt auch in den Wirtschaftswissenschaften und Ministerien einen raschen Wandel an: Statt Armutsforschung und -bekämpfung immer weiter aufzufächern, ist es hohe Zeit, sich mehr mit Reichtum zu beschäftigen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist ein erster, aber noch zu schüchterner Schritt in diese Richtung.

Beim Thema »Einkommensverteilung« kommt gerne der freundliche Vorschlag, statt die Reichen zu besteuern, den Vermögensaufbau von weniger Begüterten zu fördern. Bei dieser Empfehlung werden gleichsam die Entwicklungen der letzten und die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte beiseitegewischt: Wenn Reichtum und Armut heute immer mehr vererbt werden, ist mit Leistung und Eigenverantwortung kein Vermögen mehr aufzubauen. Piketty soll seinen Studierenden als Erfolgsmodell für die Zukunft geraten haben, weniger zu studieren, viel zu erben oder reich zu heiraten. Der Vorschlag des Vermögensaufbaus für Mittellose erkennt den immanenten Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut, den Bertolt Brecht treffend erfasste: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärs du nicht reich.«

Außerdem setzt die Anregung zum Vermögensaufbau auf einen wachsenden Kuchen. Einen sehr großen Kuchen, wenn wir uns erinnern, dass die ärmere Hälfte der Deutschen nur über 0,5 Prozent des gesamten Nettovermögens verfügt und die ärmsten zehn Prozent über gar kein Vermögen, sondern nur über Schulden. Besonders der empfohlene Immobilienerwerb würde zu enormen Umweltbelastungen führen – heute ist die Bau- und Immobilienbranche für circa 50 Prozent des weltweiten Ressourcenverbrauchs verantwortlich, bei der Herstellung von Baustoffen werden Unmengen CO₂ freigesetzt und fast 60 Prozent des weltweiten Abfalls produziert. So wird bei diesem gut gemeinten Ratschlag wohlweislich vergessen, dass wir jetzt schon unseren Ressourcenverbrauch um die Hälfte verringern müssen, wenn wir nicht ganz blindlings in die Klimakatastrophe marschieren wollen. Doch dieses Dilemma ist ganz im Sinne Brechts leicht zu lösen: Warum nicht über eine adäquate Reichtumsbesteuerung Vermögensaufbau für alle fördern und als Nebeneffekt gleichzeitig garantieren, dass durch weniger Luxuskonsum weniger Treibhausgasemissionen entstehen? Thomas Piketty hatte einen ähnlichen Gedanken. Er schlägt ein »Erbe für alle« vor. Der Staat soll künftig allen 25-Jährigen ein Startkapital in Höhe von 60 Prozent des nationalen Durchschnittsvermögens überlassen. In Deutschland wären das rund 120.000 Euro. Für den Ökonomen lässt sich diese Maßnahme mit fünf Prozent Steueraufkommen aus Vermögens- und Erbschaftssteuern solide finanzieren.

Als anderes Argument gegen Vermögenssteuern wird die Kapitalflucht ins Feld geführt. Das Kapital ist schließlich ein scheues Reh. Auch solche Behauptungen sind empirisch widerlegt und unseriös – oder unredlich. Michael Hartmann hat für sein Buch *Die globale Wirtschaftselite: Eine Legende* die 1.000 größten Unternehmen der Welt ebenso wie die weltweit 1.000 reichsten Personen über 20 Jahre hinweg beobachtet und über eine breite Datenbasis nachgewiesen, dass die Reichen und Reichsten gar nicht so mobil sind, wie sie immer androhen: 90 Prozent der Topmanager*innen arbeiten in ihrem Heimatland, 70 Prozent sind ihr ganzes Leben, was die Ausbildung angeht, was die Berufslaufbahn angeht, was den Wohnort angeht, in dem Land geblieben, in dem sie auch groß geworden sind. Diese Heimatverbundenheit hat nicht zuletzt einen ökonomi-

schen Grund: Wer zu den Reichen gehört und reich bleiben will, braucht regelmäßigen intimen Zugang zur politischen Elite im eigenen Land und zu seinem Staat. Das lässt sich aus dem Ausland schwieriger bewältigen. Genau aus diesem Grunde leben von den über 300 US-Bürger*innen, die zu den 1.000 Reichsten der Welt gehören, ganze drei im Ausland.

Auch von deutschen Milliardär*innen unter den Top Tausend leben wenige im Ausland. Die meisten bekanntermaßen in der Schweiz. Aber nicht nur wegen den Steuererleichterungen, der klaren Luft und der schönen Berge. Sondern vor allem wegen der Nähe zum eigenen Land. Die Vereinigten Staaten haben vorgemacht, wie man das Problem der Steuerflucht auch national lösen kann: Die US-Finanzbehörden sagen, egal, wo du wohnst, das, was du woanders weniger zahlst, das zahlst du bei uns drauf. Entscheidend ist immer unser Steuersatz, solange du US-Bürger*in bist. Und wenn du die Staatsbürgerschaft abgibst, dann zahlst du auf dein ganzes Vermögen eine sogenannte Exit Tax von über 20 Prozent. Eine gerechte Lastenverteilung durch neue Reichensteuern ist also leicht zu bewerkstelligen. Sie muss nur politisch gewollt werden.

Schauen wir uns in der Welt oder im eigenen Land um, ist die Stimmung oder der Zeitgeist zugunsten einer solchen Umverteilung schon lange nicht mehr so günstig gewesen wie heute: Es dämmert den Menschen und Politiker*innen in vielen Ländern, dass Steuerwettbewerb kein Naturgesetz ist. Der Internationale Währungsfonds IWF, bei der Kreditvergabe lange das wichtigste Bollwerk für Austeritätspolitik und Spardiktat, hat 2021 erstmals die Besteuerung der Reichen gefordert, damit die Industrienationen die Krisenkosten besser bewältigen können. US-Präsident Joe Biden versucht, über höhere Vermögens- und Unternehmenssteuern einen neuen Konjunktur- und Modernisierungspakt zu finanzieren. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD hält Vermögenssteuern in Deutschland für sinnvoll und gibt nach Umfragen damit die Meinung vieler Deutschen wieder. Dessen ungeachtet ist die Politik bei uns weiter sehr zögerlich – oder ängstlich. Ein Schelm, wer dabei Böses oder an Pikettys Befürchtungen der Einflussnahme denkt! Die Parteien, die überhaupt über eine neue Vermögenssteuer nachdenken, wollen bei Freibeträgen von mindestens einer Million Euro beginnen

und Vermögen mit einem Prozent belasten. Zum Nachrechnen: Wem es mit viel Entbehrungen gelingt, monatlich 400 Euro zurückzulegen, muss knapp 210 Jahre arbeiten, um eine Million anzuspahren.

Früher war man bei uns weniger zimperlich, ohne dass das System zusammenbrach beziehungsweise die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Eliten eingeschränkt wurde. Die bis 1996 geltende Vermögenssteuer in Deutschland von jährlich ein Prozent wurde auf Vermögen angewendet, die eine Freigrenze von umgerechnet etwa 60.000 Euro überstiegen. Heute eine Vermögenssteuer ab 500.000 Euro zu fordern wäre vermutlich politischer Selbstmord. Und dies, obwohl nach statistischen Standards deutsche Haushalte mit einem Vermögen von knapp einer halben Million Euro (inklusive Immobilien) rechnerisch zum reichsten Zehntel der Gesellschaft gehören. Doch in den Milieus dieser Obermittelschicht herrscht nicht das Bewusstsein vor, privilegiert zu sein. Es mischen sich vielmehr wachsende Absturzängste, die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten oder vor dem Verlust hinreichender Altersversorgung. Dadurch wird bevorzugt ein besitzsteuerfreier Schonbereich gefordert und werden höhere Steuern und Abgaben abgewehrt. Umverteilungspolitiken sind nicht gerade beliebt. Wer lässt sich schon gerne etwas wegnehmen?

Einen strahlenden Robin Hood gibt es nur im Film, nicht im wirklichen Leben.

Eine wirksame Umverteilung über Steuern kann nur erfolgreich sein, wenn sie klug umgesetzt wird. Sie darf nicht nur nehmen, sondern muss auch geben. Wer heute im Privaten Geld hortet, tut dies häufig, um persönliche Sicherheiten zu erhöhen. Vernachlässigt wird dabei oft, dass hohe Einkommenskonzentrationen nicht zwingend zu mehr, sondern sogar zu weniger Sicherheiten führen können. Die Epidemiolog*innen Richard Wilkinson und Kate Pickett haben das in ihrem Buch *Gleichheit ist Glück* anhand zahlreicher empirischer Belege aus verschiedenen Ländern nachgezeichnet: Reichtum ist öfter das Ziel von (gewalttätiger) Kriminalität. In ungleichen Gesellschaften sind soziale Abstürze mit großer Fallhöhe häufiger und verdichten den individuellen Zeit- und Erfolgsdruck. Ungleichheit schürt über verschärfte Statuskonkurrenz soziale Ängste, Krankheiten, Frustration und Depressionen. Insgesamt erhöht wachsende soziale

Ungleichheit auch für Reiche und Bessergestellte oft das Stressniveau, verringert das tägliche Wohlbefinden, die eigene Lebensqualität und die Lebenserwartung. Das Versprechen und die Garantie einer umfassenden Absicherung durch eine breite öffentliche Daseinsvorsorge für einen selbst und die Lieben kann diesen Teufelskreis durchbrechen. Und die Bereitschaft stärken, mehr für die Gemeinschaft beizusteuern. Dafür braucht es jetzt eine breite Debatte: wie wir nach der Pandemie unseren Wohlstand in Zukunft halten und gestalten wollen. Jenseits des Materiellen bietet sich hier als universelle Größe »Zeit« als Wohlstandsindikator an.

Aber lassen wir uns nicht überraschen: Die Forderung, die Besserdienenden und Reichen an den Krisenkosten zu beteiligen, wird selbst bei einem smarten Vorschlag zu scharfen Gegenreaktionen und kontroversen Diskussionen führen.

Ein typisches Beispiel ist die Neiddebatte. Vorgebracht wird der Neidvorwurf vor allem von »Mietmäulern«, die die Forderungen nach sozialem Ausgleich als hässlichen Egoismus moralisch diffamieren. Solche Manöver gehen nicht nur am Thema, sondern an der Essenz des Neidbegriffs vorbei. Neid ist nur unter Gleichen möglich. Wer die Reichen aber von einem Lastenausgleich ausnehmen will, erklärt sie nicht zu Gleichen. Vielmehr will so jemand das Gleichheitsgebot moderner Gesellschaften aushebeln. Das ist unmodern und antiliberal.

Und ein gefährliches Spiel: Wer auf einen Lastenausgleich verzichtet, jeden Lkw-Fahrer oder jede Krankenschwester zum Stemmen der Krise in die Pflicht nimmt, aber die Begüterten verschont, bestraft nicht nur die »Systemrelevanten«, sondern ganz prinzipiell Leistung. Das sind die besten Voraussetzungen, der Wirtschaft das Rückgrat zu brechen. Wir schaffen so eine Welt, wo Teilhabe mehr Haben als Teilen bedeutet. Und eine Zukunft, die Deutschland in eine soziale Wüste verwandeln könnte, die sich für viele nicht mehr wie Heimat anfühlen wird. Das könnte die Stunde der Rattenfänger*innen sein. Und diese würden erfahrungsgemäß vor allem eines schüren: Neid!

Jede/r, der/die heute verhindert, dass das Ende der Pandemie zur Geburtsstunde einer neuen ebenso gerechten wie klugen Steuerpolitik wird, zerstört unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und bedroht unsere Frei-

heit. Was wir jetzt brauchen, ist nicht das verlogene Lamentieren über Neid. Wir brauchen eine mutige Politik, die Krisenkosten fair auf alle Schultern verteilt. Wir brauchen Schneid!

Die Leitplanken für den zweiten Schritt sind damit benannt:

- ◆ Sofortige Steuererhöhung für umweltbelastenden Konsum wie SUVs oder Flugzeugkerosin
- ◆ Breite Debatte über die Verteilung der Krisenkosten und die dazu erforderlichen Steuerreformen
- ◆ Förderung unabhängiger Reichtumsforschung
- ◆ Vorbereitung einer einmaligen Vermögensabgabe
- ◆ Reformierung der Erbschafts- und Einkommenssteuer, Einführung eines Corona-Soli
- ◆ Grundgesetzänderung, Streichung der Schuldenbremse
- ◆ Aufstockung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent